

Dirk Kohnert

## Editorial

### *Politics of xenophobia*

Das vorliegende Schwerpunktheft zur Politik der Fremdenfeindlichkeit widmet sich einem aktuellem Problem von zunehmender Relevanz. Gewaltsame Konflikte, in denen Ängste und Aggressionen gegen Fremde geschürt werden und die Abwehr dieser 'Andersartigen' eine wesentliche Rolle spielt, nehmen wieder zu, in Afrika und anderswo (s. Geschiere 2004; Akinyele 2003; Chachage et al 2003; Schlee 2002; KAS 2001; Bayart et al 2001; Geschiere/Nyamnjoh 2000, Hanf 1999; Amselle 1998). Unsere eigene europäische Geschichte ist diesbezüglich reich an Beispielen, auch abgesehen von den schrecklichen Höhepunkten des Holocaust, des Genozids an den Armeniern oder der Kosovokriege. Die aktuelle Kontroverse um die Erweiterung der EU, insbesondere den Türkeibeitritt, oder die Einrichtung von 'Auffanglagern' für afrikanische Flüchtlinge in Tunesien oder Libyen, liefern weitere Anhaltspunkte für zunehmende fremdenfeindliche Einstellungen und deren Politisierung. Huntingtons umstrittene These vom 'Kampf der Kulturen' fasst prägnant das zusammen, was die Stammtischbrüder weltweit auch, nur noch weiter vereinfachend und brutaler diskutieren. Die Definition des 'Fremden' ist dabei typischerweise situations- und interessensgebunden; sie ist ein soziales und sozial-psychologisches Konstrukt (Bayart 1996).

Je nach Interessenslage der handelnden strategischen Gruppen werden Fremde gleichzeitig eingebunden und ausgeschlossen, sie haben einen ambivalenten Status (s. Hahn 2005; Bayart 1996). Insofern Fremde in der eigenen Gruppe aufgenommen und akzeptiert werden, wie im Nachkriegsdeutschland die italienischen, griechischen oder türkischen Gastarbeiter, gehören sie doch nicht vollständig dazu. Meist müssen sie dafür 'zahlen'. Oft durch Akzeptanz einer untergeordneten Position im Rahmen von Patronage- oder Ausbeutungsverhältnissen. Wohlverhalten ist angesagt, denn je nach Integrationsgrad können sie auch wieder ausgestoßen und verfolgt werden.

Selbst Mitglieder der eigenen Gruppe können unter bestimmten Bedingungen (z. B. Suche nach einem Sündenbock) zu Fremden mutieren. Die Ausgrenzung des Andersartigen dient noch heute, ebenso wie im Ständedenken der Feudalzeit, typischerweise als sozial-politische Exklusionsstrategie, z.B. um die eigenen Ressourcen nicht mit anderen teilen zu müssen.

Im Zuge der Modernisierung nimmt mit dem Anwachsen des Grades der funktionellen Differenzierung auch die Entfremdung zu: sowohl die des Arbeiters von seinen Arbeits- und Lebenszusammenhängen, als auch die gegenseitige Entfremdung zwischen den Menschen und sozialen Gruppen. Dies macht sowohl neue soziale und politische Inklusions- als auch Exklusionsstrategien auf lokalem, nationalem und regionalem Niveau oft lebensnotwendig (s. Hahn 2005). Afrikanische Beispiele für solche Strategien finden sich zuhauf. Sie beginnen scheinbar harmlos schon mit der Politik der Namensänderung, wie bei den Senufo in der Côte d'Ivoire, um ihre nationale Zugehörigkeit zu dokumentieren (s. Carle 2004) oder umgekehrt, mit der Ausgrenzung politischer Gegner aufgrund ihres 'ausländischen' Namens wie aktuell in Togo. Dort wurden bei den 'gestohlenen Präsidentschaftswahlen' vom April 2005 Opponenten schon aufgrund ihrer Familienherkunft ausgegrenzt, etwa als 'Brasilianer', z.B. im Falle des togoischen Oppositionsführer Gilchrist Olympio als Nachkommen ehemaliger zurückgekehrter Sklaven, oder als 'Ivorer', im Falle des abgesetzten Parlamentspräsident Fambaré Natchaba Ouattara. Ob *Ivoirité* oder *Togolité*, nationale Exklusionsstrategien als Mittel der Politik finden willfähige Nachahmer überall, in Afrika und anderswo. Besonders beunruhigend ist in diesem Zusammenhang, dass mit dem Fortschritt der Produktivkräfte scheinbar ganze Bevölkerungsteile nicht einmal mehr als 'Reservearmee' gebraucht werden (s. Hahn 2005). In den Augen der Herrschenden oder ihrer Widersacher sind sie einfach 'überflüssig' und 'schädlich' und müssen daher vernichtet werden, wie etwa beim Genozid in Rwanda.

Die mit dem 'zweiten Wind der Demokratisierung' im subsaharischen Afrika ab den 1990er Jahren eingeführten neuen formal demokratischen Spielregeln weckten zunehmend Ängste, von Fremden überstimmt und überwältigt zu werden. Das sozio-kulturelle Erbe Afrikas, in dem die Integration 'der Anderen' und Gastfreundschaft in weitestem Sinne eine lange Tradition haben und durch kulturelle Institutionen (soziale Adoption, Patronage etc.) abgesichert war, wird durch eurozentrische Ideen des politischen Liberalismus mit seinen manifesten Auswirkungen einer zunehmenden sozialen Abschottung und Ausgrenzung akut gefährdet (s. Geschiere/Nyamnjoh 2000; Bayart 1996). Paradoxerweise führen gerade die von internationalen Gebern im Rahmen der politischen Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit propagierten Ziele einer wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung zu einer zunehmenden politischen Instrumentalisierung von Ethnizität und einer Politik der Zugehörigkeit (s. Geschiere / Nyamnjoh 2000).

Die Beiträge im vorliegenden Heft beleuchten die o.g. Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln anhand aktueller Fallstudien. Ein prominentes Beispiel ist der westafrikanische Krisenherd, in dem die Grenzen der Gewalt immer mehr durch regionale Milizen und Söldnergruppen und weniger durch nationale Grenzen bestimmt werden (s. HRW 2005). Katja Werthmann

greift dieses Thema auf in ihrem Beitrag über Ethnizität und Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire am Beispiel der Dyula (Dioula). Politisch konstruierte Konfliktlinien zwischen den Bewohnern des Nordens und Südens, zwischen Muslimen und Christen dienen dazu, im Rahmen einer nationalistischen Ideologie der Ivoirité die zum Teil seit mehreren Generationen im Lande lebenden Auswanderer aus dem benachbarten Mali, Burkina Faso oder Guinea von wirtschaftlicher und politischer Teilhabe auszuschließen. Durch die undifferenzierte Verwendung des vermeintlichen Ethnonyms Dyula für 'Nordler' sind von dieser Exklusionspolitik auch seit Jahrhunderten ansässige Bevölkerungen betroffen. Till Förster kommt in einer vergleichenden Studie von konstruierter Fremdheit bei den Mbuti, Dogon, Dyula und den 'weißen Schwarzen' im urbanen Senegal zu dem zunächst überraschenden Ergebnis, das in keinem Fall Ethnizität für den Status des Fremden und seine Integration oder Ausgrenzung eine maßgebliche Rolle zu spielen scheint. Entscheidender ist die Partizipation am alltäglichen Handeln und die Intentionalität dieses Handelns, soweit es zur Absicherung des eigenen Lebensunterhalts dient. Dieses Handeln ist typischerweise ein konstituierendes Element von Ethnizität.

Nassirou Bako-Arifari behandelt am Fall Benins den pragmatischen Umgang mit den Quellen fremdenfeindlicher Gewalt, die auf drei Pfeilern des Machtzugangs ruht: Erstens den westlichen Prinzipien einer liberalen Mehrparteien-Demokratie, bei denen jeder nur eine Stimme hat; zweitens den Prinzipien der Quoten-Demokratie, verankert in der Forderung der Verfassung nach einer regional ausgeglichenen Vertretung aller Subregionen in den Institutionen staatlicher Macht; und drittens einer Art kommunitärer Demokratie, die den wichtigsten, nicht immer regional zusammenlebenden ethnischen Gruppen auf lokalem Niveau ebenso wie auf nationaler Ebene ein Mitspracherecht einräumen soll. Die Rationalitäten dieser unterschiedlichen Demokratieformen stimmen keineswegs immer überein, sie können vielmehr miteinander konkurrieren. Die erstaunliche Überlebensfähigkeit der politischen Herrschaft Mathieu Kérékou unter ganz unterschiedlichen Mitbestimmungsvorstellungen (vom zentralgeleiteten Beniner Marxismus bis hin zur evangelikalen Mehrparteiendemokratie) beruhte nicht zuletzt darauf, dass er die widerstreitenden Interessen letzten Endes immer mit dem Idealbild des Garants der Nationalen Einheit, den nur seine Person zu verkörpern vermochte, zu überzeugen verstand.

Francis Nyamnjohs Fallstudie zur Lage der aus Zimbabwe eingewanderten 'Dienstmädchen' in Botswana behandelt die gegenseitige Zuschreibung zombieähnlichen unmenschlichen Verhaltens zwischen Madams und Maids. Geschiere (1997) und die Comaroffs (1999) zeigten bereits, dass solch eine soziale Ausgrenzung durch Zuschreibung von Zombie-Charaktereigenschaften, nicht zuletzt resultierend aus der zunehmenden Entfremdung der Arbeit, verbunden mit Elementen okkulten Glauenssysteme, in vielen Teilen Afrikas geradezu endemisch geworden ist. Im Gegensatz zu einem

gängigen Vorurteil von der Ohnmacht der Marginalisierten ermöglicht diese 'zombification' allerdings auch den ausgebeuteten 'Maids' sich durch individuelle angepasste und erprobte Handlungsstrategien gegen übermäßige Ausbeutung zu wehren.

Saïbou Issas Beitrag über politische Ethnizität und Demokratisierung in Nord-Kamerun zeigt, dass unter dem Druck globaler Demokratisierungsregeln die Möglichkeiten autochthoner Selbstbestimmung ethnischer Gruppen auf lokalem Niveau abnehmen. Wenn politische Macht im Staat über die Wahlurnen verteilt wird, z. B. ohne Berücksichtigung des kulturellen Erbes und angestammter Rechte der Ersteinwohner einer Region, gilt es Bündnisse auch mit 'fremden' zugewanderten Gruppen zu schmieden, die früher undenkbar gewesen wären. Ebenso wie das multikulturelle Wahlvolk theoretisch keine Rücksicht auf ethnische Konfliktlinien nimmt, und lokale Eliten zwingt, ein Programm für alle Gemeindemitglieder zu entwerfen, um auf nationalem Niveau als Sprecher aller 'wahren Kameruner' reüssieren zu können, besteht allerdings die Möglichkeit der sozialen, ethnischen, sprachlichen oder religiösen Ausgrenzung politischer Konkurrenten jenseits der eigenen lokalen oder regionalen Einflussphäre als 'Vaterlandsverräter', Terroristen etc. (s. a. Jua 2004).

Auch im aktuellen Darfur-Konflikt geht es um ungelöste Herrschaftsfragen, eingebunden in die Politisierung von Ethnizität, Religion und Bürgerrechten. Alex de Waal zeigt überzeugend, wie diese genozidäre Gewalt untrennbar eingebunden ist in konkurrierende Projekte des politischen Islam, propagiert von fragmentierten arabischen Interessen im Sudan und benachbarten Gebieten, sowie der Gegenideologie eines politisierten Afrikanismus, gestärkt durch seine Bindungen zur SPLA im Südsudan.

## Literatur

(s. ergänzend die annotierte Bibliographie zu diesem Schwerpunkt von C. Farwer)

- Bayart, J.-F. 1996: La fabrication de l'authenticité. In: Bayart, J. F. 1996: *L'illusion identitaire*. Paris, Fayard, pp. 85-92
- Comaroff, J. / Comaroff, John L. 1999a: *Alien-Nation: Zombies, immigrants, and millennial capitalism*. CODESRIA Bulletin, 1999(3&4): 17-27
- Geschiere, P. / Nyamnjoh, F. B. 2000: Capitalism and Autochthony: The Seesaw of Mobility and Belonging. *Public Culture* 12 ( 2):, 423-452
- Geschiere, P. 1997: *The Modernity of Witchcraft: Politics and the Occult in Postcolonial Africa*. Charlottesville and London, University Press of Virginia
- Geschiere, P. 2004: *Autochthony and the struggle over citizenship: New modes in the politics of belonging in Africa and elsewhere*. (discussion paper for new Social Science Research Council programme) Mimeo

- Hahn, A. 2005: *The sick and the criminals, Strangers and the 'Supernumerary': On the sociology of inclusion and exclusion*. Paper delivered at the Max-Planck Institute for Social Anthropolology, Halle, 25.04.05
- HRW 2005: Youth, Poverty and Blood: The Lethal Legacy of West Africa's Regional Warriors. *Human Rights Watch*, London, March 2005, 17 (5) (A)
- Jua, N. / Konings, P. 2004: Occupation of public space : anglophone nationalism in Cameroon. *Cahiers d'études africaines*. 44 (175): 609-633

---

**Dirk Kohnert** ist Volkswirt und stellvertretender Institutsdirektor des Instituts für Afrika-Kunde, Hamburg. Seit 1991 leitet er zudem die Redaktion des 'afrika spectrums'. Zuvor war er jahrelang als Dozent an der Universität Bielefeld sowie als Entwicklungsexperte in mehreren westafrikanischen Ländern tätig. Schwerpunkt seiner Forschung und Publikationen sind die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung, Entwicklungsplanung und -evaluierung in der Dritten Welt.